

Die Gewerkschaften und die „Ordnung“ eines Aufstiegs aus der Atomindustrie

Auf der Anti-Atom-Massendemonstration in Berlin am 26. März hielt der amtierende DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer eine Rede. Die Perspektive eines „annehmeren Fahrplan(es) für den endgültigen Atomausstieg“, umschrieb Sommer damit, das „Uralt-Atomkraftwerke (...) dauerhaft abgeschaltet“ werden müssten, und es nun generell darum gehe „geordnet auszusteigen.“¹ Da ist dem DGB-Bundesvorsitzenden im Angesicht des für unabsehbare Zeiten völlig der menschlichen Kontrolle entglittenen Atomkomplexes in Fukushima eine elegante Formulierung gelungen. Sommer wird gewusst haben, warum er in seiner Ansprache die sofortige Stilllegung der für die bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen anhaltend profitabel brummenden „modernen Atomanlagen“ vergessen hat zu erwähnen. Hätte er das eingefordert, dann wäre das einem frontalen Bruch mit der aus der Energiewirtschaft selbst stammenden betriebswirtschaftlichen Logik gleichgekommen, die seiner Rede unterlegt war. Damit stellt sich Sommer nicht nur in die Tradition gewerkschaftlicher Politik in der Atomenergiefrage. Er bleibt damit auch anschlussfähig für das, was die beiden in der Energiewirtschaft zuständigen Einzelgewerkschaften verdi und die IG Bergbau Chemie und Energie in den nächsten Jahren für den Weiterbetrieb von Atomanlagen in diesem Land zu tun haben.

In der nunmehr rund 40 Jahre andauernden Konfliktgeschichte um die Nutzung von Atomenergie zu zivilen Zwecken in der Bundesrepublik sind die Gewerkschaften ein prominenter Spieler. Dort wo sich ihnen als Industriegewerkschaften die Gelegenheit bot, haben sie sich als energische Verfechter dieser Form der Energieerzeugung profiliert. Unvergessen hier die gegen ein sich abzeichnendes Atomitorium richtende Pro-Atom-Kundgebung im Dortmunder Westfalenstadion am Donnerstagnachmittag, den 10. November 1977. Wesentlicher Initiator war dabei der im Herbst 1976 zunächst von den Betriebsräten der dem Siemens-Konzern gehörenden Kraftwerk-Union gegründete Aktionskreis Kernenergie (AKE) Er stand unter der administrativen Leitung des – so wurde es im Jahre 1984 bekannt - für den Flick-Konzern tätigen Agenten Alfred Schaller.² Bezahlt wurde die Dortmunder Kundgebung weitgehend von den an dem Bau und Betrieb von Atomanlagen interessierten Industrie.³ Den Vorsitzenden der IG Metall, der ÖTV, der IG Bau, der IG Bergbau und Energie und der IG Chemie wurde so eine Plattform in Gestalt von etwa 40.000 in Firmenwagen angekehrten Beschäftigten hingestellt: In ihren Reden hatten sie der damals regierenden Sozialdemokratie klar zu machen, dass ein in der Luft liegender Baustopp aufgrund der völlig ungeklärten Entsorgungsfrage mit den Gewerkschaften nicht zu machen war.⁴ In diesem Sinne votierte auch der SPD-Bundesparteitag wenige Woche später in Hamburg gegen einen starken atomkraftkritischen Parteiflügel um den schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Günter Jansen für einen weiteren Ausbau des Atomprogramms. Noch im Jahre 2008 schwärmte ein Autor des Handelsblattes von der Rolle des 1976 gegründeten „Aktionskreis Kernenergie“: Er habe in der zweiten Hälfte der 70er Jahre als „zentrale Plattform für die gesellschaftliche Durchsetzung der Kernenergie“ fungiert, um leicht süffisant hinzuzufügen: „Die heikle Note für den linken Teil des Gewerkschaftsspektrums: Der „Kampf um die Arbeitsplätze“ (so damals IG-Chemie-Chef Karl Hauenschild) fand dankbare Hilfe der Industrie und anderer „falscher“ Freunde.“⁵ Wohl wahr.

1 Michael Sommer, Rede „Endlich abschalten!“ Berlin am 26. März, Manuskript Internet: <http://www.dgb.de/presse/++co++de87fb3c-56e7-11e0-4572-00188b4dc422>

2 Vgl. O.N., Die roten Pferde im Flick-Stall, in der STERN vom 13.12.1984, S. 142-46

3 O.N., Mit Handgeld für Kraftwerke / Frankfurter Firmenangehörige fahren zur Kundgebung, in Frankfurter Rundschau vom 11.11.1977

4 ÖTV-Pressestelle, Gesicherte Energieversorgung für die Zukunft. Energiepolitische Großveranstaltung des DGB am 10.11.1977 in Dortmund, o.O. (Stuttgart), o.J. (1977)

5 Dietrich Creutzburg, Atomstrom und Arbeitsplätze / Als Gewerkschaften noch für Kernkraft kämpften, Handelsblatt vom 11.7.2008

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Reaktor-Gaus von Tschernobyl aber auch der massenmilitanten Auseinandersetzungen am Baugelände der WAA in Wackersdorf schien der Ende Mai 1986 tagende 13. DGB-Bundeskongress eine Wende zu vollziehen. Mit überwältigender Mehrheit wurde ein Atomausstieg mit der markanten Formulierung „so rasch wie möglich“ eingefordert. In der Praxis bedeutete das, dass der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Karl-Heinz Hoffmann etwas über einen Monat nach diesem Beschluss das noch nicht ans Netz geschaltete AKW Brokdorf schlicht zu einer im DGB-Beschluss angesprochenen „derzeitigen Kapazität“ rechnete. Auf der Basis dieser Interpretation wusste er – man ahnt es bereits - selbstverständlich dessen sofortige Inbetriebnahme einzufordern. Hoffmann lehnte es damals natürlich auch ab, sich für die Einstellung der Bauarbeiten der auf dem Weg gebrachten Meiler in Lingen, Neckarwestheim und Ohu stark zu machen. Man habe in den Beschluss von Hamburg zwar vom einen „Ausstieg“ gesprochen, der Begriff „Baustopp“ tauche dort aber nun mal nicht auf.⁶ Der so „rasch wie möglich“-Atomausstiegsbeschluss des DGB aus dem Jahre `86 als fortgesetztes Kabarettprogramm in der gewerkschaftlichen Praxis! Schon wenige Monate nach Tschernobyl war der Atomausstiegsbeschluss - mit Ausnahme der IG Metall – für die IG Bergbau, ÖTV und vor allem der IG Chemie Makulatur. Es war der IG Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe persönlich, der in den damaligen gewerkschaftlichen Debatten unter dem vielschichtigen Begriff des „Umstiegs“ ein Szenario entwarf, das sich zwischenzeitlich als bitter realitätstauglich erwiesen hat: Damals kursierende gut begründete, immerhin auf einen Zeitpunkt fast ein viertel Jahrhundert später terminierte, d.h. bis zum Jahr 2010 reichende Atomausstiegsgutachten, wurden vom ihm als zu „kurzfristig angelegt“ weggewischt. Stattdessen stellte er im Jahre 1987 auf eine im Jahr 2040 mutmaßlich veränderte Weltenergiesituation ab, in der der Einsatz der „Kernenergie“ noch einmal einen „wichtigen Beitrag zur Überwindung der fossilen Energielücke“ ausfüllen könnte.⁷ Parallel dazu kämpfte die IG Chemie auf der Basis einer intimen Kenntnis von gravierenden Mängeln im Arbeitsschutz für den Erhalt der Arbeitsplätze in den Hanauer Brennelementefabriken.⁸ Und so weiter und sofort. Vermerkt werden muss aber die bemerkenswerte Haltung der IG Metall. Nach Tschernobyl verabschiedete sie sich in Theorie wie Praxis umsichtig von einer weiteren Befürwortung einer Atomenergienutzung. Als zu Beginn der 90er Jahre die Hanauer Brennelementefabriken in den Siemens-Konzern eingegliedert wurden und damit in den Organisationsbereich der IGM fielen riskierte sie mit den weiterhin auf einen frontalen Pro-Atom-Kurs setzenden Beschäftigten einen knallharten Konflikt, als sie beharrlich für einen Ausstieg bei gleichzeitiger Arbeitsplatzsicherung plädierte.⁹ Das Ende der Kohl-Regierung im September `98 schien zunächst auch eine Wende in der Atomenergienutzung einzuleiten. Wenig überraschend wuchs die Unruhe an den Kraftwerkstandorten über die im Koalitionsvertrag bekundeten Atomausstiegspläne der rot-grünen Bundesregierung. Bereits im Vorfeld des rot-grünen Wahlerfolges war es Ende April 1998 ein paar Hundert AKW-Beschäftigten gelungen, die zentrale Wahlkampf -Veranstaltung der hessischen Grünen in Biblis mit einer Mischung aus Wut, Spaß, Sprechchören und Bier zu einer eindeutigen Pro-Atom-Manifestation umzufunktionieren.¹⁰ Ermuntert konnten sie sich dabei von Stellungnahmen des Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie und Energie Hubertus Schmoldt fühlen, der sich deutlich gegen einen „unumkehrbaren Ausstieg“ aus der Atomkraftnutzung aussprach. In diesem Zusammenhang bekundete er, dass durch „den politisch

6 Meppener Tagespost vom 10.9.1986

7 Pressedienst der IGCPK vom 25.8.1987

8 Vgl. das diesbezügliche Kapitel in M. Mohr, Die Gewerkschaften und der Atomkonflikt, Münster 2001, S. 247-265

9 O.N., IG Metall fordert ein Konzept / Konversion bei Firma Siemens und Wiesbaden angemahnt, in Frankfurter Rundschau Lokalteil Hanau vom 24.10.1991

10 Vgl. Jörg Feuck „Die Wut ist auf Vollast hochgefahren / Beim Start der bundesweiten Grünen-Kampagne gab es tausendfachen Protest in Biblis“ in der in der FR vom 29.4.1998.; K.P. Klingelschmitt, „Nennt mich Joseph, nicht Judas“ in der in der TAZ vom 29.4.1998

gewollten Ausstieg aus der Kernenergie (...) rund 40.000 Arbeitsplätze verloren“ gehen würden.¹¹ Begleitet von einer mit Falschbehauptungen unterfütterten Anti-Besteuerungs-Kampagne der Energiekonzernvorstände hauptsächlich gegen Finanzminister Lafontaine, kam es parallel zu den „in angespannter Stimmung“ stattfindenden zweiten Energiekonsensgespräch zwischen Bundeskanzler Schröder und den Vorstandsvorsitzenden der großen Energieversorger Viag, RWE, Veba und Energie Baden-Württemberg am Dienstag, den 9. März 1999 zu einer zentralen Demonstration von 35.000 Beschäftigte aus der Atomenergiewirtschaft in Bonn. Das war zweifellos eine „Unterstützung“ der Konzernchefs „durch ihre Mitarbeiter“ wie die FAZ aufmerksam notierte.¹² Die dort skandierten Parolen und Transparente: „Jetzt oder nie - Atomenergie“; oder „Umwelt schützen - Kernkraft nützen“¹³ ließen keinen Zweifel an der Stoßrichtung dieser Manifestation. Auf der Kundgebung erklärte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der RWE Energie AG Alwin Fittig: „Wir treten ein für eine sichere Energieversorgung mit Kohle und Kernenergie unter Beibehaltung des bewährten Energiemixes.“¹⁴ Der gleichfalls eingeladene Wirtschaftsminister Werner Müller wurde allein für die Erwähnung des Wortes „Ausstieg“ von der „aufgebrachten Menge“ durch ein gellendes Pfeifkonzert minutenlang zum Schweigen gebracht.¹⁵

Das Zustandekommen, die konkrete Mobilisierung und die Finanzierung der für diese Manifestation notwendigen Logistik kann als eine Art gelber Streik der mächtigsten Industriebranche der BRD gegen die rot-grüne Bundesregierung gewertet werden. Und diese Branche ist so mächtig, dass sie es sich leisten konnte, auch der ÖTV zu gestatten, als Mitveranstalterin aufzutreten. Die so hergestellte Plattform war allerdings für den Vorsitzenden der ÖTV Herbert Mai nicht ohne Preis zu haben. Um die aus der Energiewirtschaft herangekehrte Pro-Atom-Meute nicht unnötig zu reizen, wich er an entscheidender Stelle von dem zuvor an die Presse verteilten Redemanuskript ab. Die Formulierung, dass der im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien festgelegte „Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie (...) eine politische Konzeption (sei), die von den Gewerkschaften unterstützt wird“, ließ er während seiner Kundgebungsrede einfach aus.¹⁶ Statt dessen beschränkte sich Mai auf die um Beruhigung bedachte, nichtssagende Formulierung, dass es einen „Energiekonsens (...) nicht ohne die Gewerkschaften geben“ könne.¹⁷ Implizit trug damit der ÖTV-Vorsitzende den internen Kräfteverhältnisse innerhalb der Organisation Rechnung. Das Zehntel der im Energiebereich organisierten Mitglieder trug damals zu rund einem Drittel des Beitragsaufkommens der Gesamtorganisation bei. Anders formuliert: Die ÖTV war in jeder Weise auf die beitragsstarken Mitglieder aus dem Energiebereich angewiesen, nicht aber die von ihren Geschäftsführungen wohlwollend unterstützten Betriebsräte aus der Energiebranche immer auf die ÖTV.

Unmittelbar nach der Bonner Pro-Atom Manifestation soll - so ein der *Bild-Zeitung* von dem stellvertretenden Regierungssprecher Béla Anda zugespieltes Bundeskabinettsprotokoll - Bundeskanzler Schröder, - der seinen politischen Aufstieg in den 90er Jahren auch dem VEBA-Konzern (heute E.On) zu verdanken hat, mit der Begründung, dass mit ihm „keine Politik gegen die Wirtschaft (zu) machen“ sei, mit Rücktritt gedroht haben.¹⁸ Daraufhin gab der damit indirekt angegriffene Finanzminister Lafontaine alle seine politischen Ämter auf.. Etwa zwei Monate später war

11 Hubertus Schmoldt auf der IG-BCE-Neujahrempfang vom 15.1.1999, „Einstieg statt Ausstieg - Für eine umfassende Modernisierungsoffensive“
12 hal, Statt über Restlaufzeiten wird über neue Steuern gestritten / Abschlag auf Rückstellungen / Lafontaine deutet Einlenken an, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.3.1999
13 TAZ vom 10.3.1999
14 Zitiert aus einer Anzeige des Informationskreises Kernenergie in der FAZ vom 19.4.1999, „Atomausstieg vernichtet Arbeitsplätze“
15 Vgl. FR vom 10.3.1999, „Minister Müller ausgepiffen“
16 Redemanuskript von Herbert Mai vom 9.3.1999
17 Thorsten Denker in der TAZ vom 10.3.1999, „Die ÖTV-Basis hält gar nichts vom Ausstieg“
18 Bild-Zeitung vom 11.3.1999

im SPIEGEL zu lesen, dass der Bundeskanzler, im Begriff war „den Ausstieg aus der Kernkraft in unendliche Ferne zu verschieben. (...) Kein einziger Meiler werde in dieser Legislaturperiode abgeschaltet, versprach Schröder unlängst Kernkraftbetriebsräten und Gewerkschaftern beim vertraulichen Treffen in der Bonner Regierungszentrale.“¹⁹ Ein Jahr später versicherte Schröder in einer Rede beim Energiedialog 2000 der IGBCE sowohl der Gewerkschaft als auch der Energieindustrie, dass „bestehende Anlagen (...) solange betrieben werden können, wie es betriebswirtschaftlich geboten sei, (...) wobei er keine Restlaufzeiten konkretisierte.“²⁰

So blieb der denkwürdigen Bonner Machtdemonstration vom März 1999 der zu einem Teil gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten aus der Atomenergiebranche ein durchschlagender politischer Erfolg nicht versagt. Das räumte indirekt auch der damalige Umweltminister Jürgen Trittin ein. Nach der Pro-Atom-Demo waren die weiteren Atomausstiegsverhandlungen nach seinen Worten „außerhalb unseres ursprünglichen Zeitplans“ geraten, „der Ausstieg war so ein halbes Jahr blockiert.“ Trittin führte diese Verzögerungen sowohl auf die Politik der ÖTV, die „gegen den Ausstieg und die eigene Ausstiegsprogrammatik demonstriert“, als auch auf die Rolle des Bundesverbandes der deutschen Industrie zurück, der damit gedroht habe, „wegen des Atomausstiegs das Bündnis für Arbeit platzen zu lassen.“ Ob allerdings, wie der in diesem Zeitraum wohl nicht zufällig mehrfach öffentlich vom Bundeskanzler gedemütigte Trittin meint, „diese Konfliktkonstellation (...) vorab nicht kalkulierbar“ war, darf man mit Blick auf die Geschichte des Energiesektors im Spiegel des Atomkonfliktes – siehe Dortmundener Kundgebung vom November `77 - bezweifeln.²¹

Die Jahre seit dem Abschluss des Atomausstiegs, der ohnehin niemals einer war, was von hochrangigen Funktionären der Atomenergiebranche auch zeitgenössisch offen ausgesprochen worden ist²², vergingen im Wesentlichen damit, dass seitens der Energiewirtschaft immer wieder Vorstöße an die Adresse der Bundesregierung unternommen wurden, noch günstigere Verwertungsbedingungen für die Meiler herauszuschlagen. Unterstützung fanden sie dabei immer wieder bei der IG Bergbau, Chemie, Energie, deren Funktionsweise nach Fülberth so beschrieben werden kann, das dort „drei Instanzen das Sagen (haben): Erstens die großen Unternehmen, zweitens deren Betriebsräte und drittens der Vorsitzende Hubertus Schmoldt, dieser aber eher in der Funktion des Musterschülers, der die Forderungen der anderen Gewerkschaften demonstrativ unterbietet.“²³ Aber auch der grüne verdi-Chef Frank Bsirske mischte in diesem Zusammenhang einmal engagiert mit.²⁴ Zusammen mit Schmoldt und den vier großen Energieversorgungsunternehmen unterzeichnete er anlässlich der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung zwischen der SPD und der CDU Ende Oktober 2005 eine fünfseitige Stellungnahme unter dem schönen Titel: „Mehr Realismus in der Energie- und Umweltpolitik erforderlich“. Die Unterzeichner plädierten dafür „die Erkundung des Salzstockes Gorleben“ wieder aufzunehmen „und zu Ende“ zu führen. Generell sollte, so heisst es in dieser Stellungnahme weiter „angedacht werden, den Einsatz der Kernenergie allein auf den Sicherheitsnachweis der Anlagen abzustellen“. Überhaupt müssten angesichts gestiegener Energiepreise und Versorgungsrisiken „alle Optionen“ offen bleiben. Hintergrund für diesen gegenüber der gültigen gewerkschaftlichen Atomausstiegsprogrammatik von Bsirske vollzogenen Salto Mortale könnte der Umstand gewesen sein, das er im

19 Hendrik Munsberg, Stiller Abschied, in der SPIEGEL vom 3.5.1999, S. 54.

20 O.N., IGBCE-Chef Schmoldt: Forschung in der Kerntechnik unverzichtbar / Schröder will behutsamen Atomausstie, in Handelsblatt vom HB vom 8.5.2000.

21 Interview mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin in *Neues Deutschland* vom 6.5.2000.

22 So erklärte der Präsident des Deutschen Atomforums Otto Majewski, das durch die sogenannte Atomausstiegs-Vereinbarung der „ungestörte Betrieb der Kernkraftwerke auf Jahre hinaus gesichert“ sei. Frankfurter Rundschau vom 16.6.2000

23 Georg Fülberth Eiseiliger Arbeiterfrühling, in Konkret Nr 8/2003, S. 16

24 St, Gewerkschaftsmacht in den Aufsichtsräten / Bsirske gewinnt bei RWE an Gewicht / Im Eon-Aufsichtsrat besitzt Schmoldt noch besonderen Einfluß, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.11.2004

Verlaufe des Jahres 2004 zum stellvertretenden Aufsichtsratschef des Atomstromgiganten RWE aufgestiegen war. Als er, wie die FAZ aufmerksam notierte, dort endlich damit aufgehört hatte sich „in Fragen Erneuerbarer Energie“ für Positionen stark zu machen, „die mit den Interessen des Unternehmens nicht vereinbar waren“, und er sich mehr noch dazu fähig erwies – so die heimtückische Formulierung - „eindeutig die Arbeitnehmerbelange in den Vordergrund“ zu schieben, wusste ihm die Frankfurter Gazette auch gleich „Format“ zu bescheinigen.²⁵ Doch damit konnte Frank Bsirske sowohl in den Reihen seiner Gewerkschaft, der SPD und den Grünen dann doch nicht reüssieren. Nachdem es Proteste hagelte und der profilierte sozialdemokratische Atomkraftgegner Hermann Scheer nach 30 Jahren Mitgliedschaft öffentlich seinen Austritt aus Verdi verkündete,²⁶ sah sich Bsirske dazu veranlasst von dem außerhalb der gewerkschaftlichen Beschlusslage operierenden Papier Abstand zu nehmen. Er setzte sich selbstverständlich nach wie vor für einen „geregelten Ausstieg“ ein, ließ er nunmehr verlauten. Die Süddeutsche Zeitung machte sich hier den Spass, einen Vertrauten aus der Umgebung Bsirskes mit der Bemerkung zu rapportieren, das jenes besagte „Realismuspapier“ von ihm „vielleicht nicht genau gelesen“, worden sei und erteilte dann den guten Rat: „Eine Lesebrille, so scheint es, wäre vielleicht nicht fehl am Platz.“²⁷

Eben eine derartige Lesebrille auch dem IGBCE-Chef Hubertus Schmold anzuempfehlen wäre vergebliche Libesmühe gewesen, denn dieser amtierte bereits als Brillenträger. So für Diskussionen aller Art gut gerüstet, wusste sich Schmoldt an der von der Energiewirtschaft kontinuierlich geführten Diskussion „über neue Atomkraftwerke in Deutschland“ engagiert zu beteiligen. Und so ließ er sich noch im Juli des Jahres 2008 mit der markanten Bemerkung, dass es an der Zeit sei, „in der SPD, aber auch innerhalb des DGB die immer noch stark verbreitete Betonmentalität beim Thema Kernkraft aufzubrechen“ vernehmen.²⁸

Angesichts der derzeit völlig unübersichtlichen Situation in Fukushima verbietet sich für die Gewerkschaften die Wahl einer derart aggressiven Tonlage natürlich von selbst. Wenn es aber richtig ist, davon auszugehen, dass die Vorstände der vier großen Energiekonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW daran festhalten werden, noch für sehr lange Zeit Atomanlagen zu betreiben, so kann das Einvernehmen damit aus der Sicht des DGB mit der Beschwichtigungsformel eines als „geordnet“ oder auch als „geregelt“ bezeichneten Atomausstiegs hergestellt werden. Selbst der amtierende Vorsitzende IGBCE Michael Vassiliades plädiert nun für einen „Ausstieg aus der Kernenergie“, will sich damit aber – von heute aus gerechnet - noch eine schöne satte Zeit von 11 langen Jahren, sprich „bis zum Jahr 2022“ lassen.²⁹ Ein Schelm nun der, der den Verdacht glaubt hegen zu müssen, das es sich bei dem Wortmodul „Atomausstieg“, das dem Kollegen Vassiliades aus dem Mund gefallen ist, lediglich um eine Beschwichtigungsformel handelt: Und zwar nicht für ein fundamentales Umdenken, sondern lediglich – militärtaktisch gesprochen - für die Anpassung an eine ganz offenkundig veränderte Lage. Wie dem auch sei. Ein lang gestreckter „Atomausstieg“ wird für die Tepco-Bruderfirmen in der Bundesrepublik genügend Zeit dafür lassen, sich zu überlegen, wie sie auch danach den Betrieb von Atomanlagen weiter führen können. Mit dem Begriff des Atomausstiegs, und zeigen sowohl die Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Praxis nach Tschernobyl 1986 aber auch die Praxis der rot-grünen Bundesregierung seit Ende der 90er Jahre, wird es zu keinem Ende der Atomindustrienutzung in der Bundesrepublik kommen.

25 Michael Bauchmüller, Wirtschaft geht bei Kernkraft in die Offensive / BDI, Energiekonzerne und Gewerkschaften formulieren Papiere an die Koalitionspartner / Klimaschutz soll gelockert werden, in Süddeutsche Zeitung vom 26.10.2005

26 O.N., Scheer sagt Verdi ade / Bsirske dementiert Wende, in Stuttgarter Zeitung vom 27. Oktober 2005

27 Michael Bauchmüller, Der doppelte Bsirske / Wie der Verdi-Chef in die Kernkraft ein- und wieder ausstieg, in Süddeutsche Zeitung vom 28.10.2005

28 O.N., Merkel: Atomausstieg nicht ins Grundgesetz, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.7.2008

29 Christian Tenbrock, Fritz Vorholz, „Einen Soli für das Klima“ / Interview mit Michael Vassiliades, in die ZEIT vom 31.3.2011

Wenn die Geschichte des Atomkonfliktes in der Bundesrepublik in den letzten Dekaden aus dem Blockwinkel der Gewerkschaften eines illustriert, dann die beständige Erneuerung des engen Paktes zwischen Big Capital und Big Labour. Sowohl die Dortmunder Kundgebung vom November `77 als auch die Bonner Manifestation vom März 99 haben das in aller politischen Wucht deutlich werden lassen. Die Gewerkschaften werden sich auch in naher Zukunft darin einzuordnen haben. Ach, man wünschte sich, bessere Nachrichten überbringen zu dürfen.

Markus Mohr

Persönliche Nachbemerkung: Der Verfasser hatte in den 90er Jahren das Glück in großer Freiheit mit einer Arbeit über „Die Gewerkschaften und der Atomkonflikt“ bei dem Sozialisten Bodo Zeuner an der FU Berlin promovieren zu dürfen. In einer Art praktizierten Selbstwiderspruch der deutschen Gewerkschaftsbewegung wurde dieses Engagement von der Hans-Böckler-Stiftung finanziell unterstützt. Richtig aber auch die damals mit verschmitztem lächeln mitgeteilte Prognose eines hilfsbreiten ÖTV-Sekretärs im Verlaufe meiner Recherchen als er von der Themenstellung hörte: „Wozu schreibst du? Ach so! Na, aus so jemanden wie dir wird wohl nix mehr in der Organisation.“